

# Wowereits „Fluchhafen“

Wann und ob der Großflughafen BER jemals eröffnet wird, steht in den Sternen

Wieder einmal ist der Starttermin für den internationalen Flughafen Berlin-Schönefeld verschoben worden. Eigentlich sollten spätestens zum 100. Geburtstag von Flughafen-Namenspatron Willy Brandt, der im Dezember wäre, Flugzeuge abheben. Nun wird es erst 2014, eventuell aber auch

noch später so weit sein. Das Projekt BER, einst von dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) als wichtigste Infrastrukturmaßnahme durchgesetzt, entwickelt sich zu einer unendlichen Pleite, die Millionen Euro verschlingt und die Berliner Politik in Verruf bringt. Wowereit, der seit zwölf Jahren

die Geschicke der Hauptstadt lenkt, weigert sich bisher zurückzutreten. Das Scheitern des BER ist auch deshalb dramatisch, weil das Vorhaben in der Stadt von den Bürgern mehrheitlich akzeptiert war. Die meisten verbanden mit dem Flughafen die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze, die Berlin dringend benötigt.



Im Mittelpunkt der Kritik: Für Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) war der Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt das wichtigste Projekt seiner Amtszeit.

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

■ **Berlin.** Es war sein Kind, sein Lieblingsprojekt. Wenn man Klaus Wowereit im Wahlkampf 2011 fragte, was er als seine stärkste Leistung ansah, war er darauf besonders stolz: Dass er den Bau des Großflughafens in Schönefeld durchgesetzt hatte. Gegen alle Widerstände. Damals war noch nicht klar, dass er mit dem BER vermutlich sein politisches Grab schaufeln würde. Doch Wowereit ist (noch) nicht bereit zu gehen, auch nicht nachdem die größtmögliche Blamage eingetreten ist: Zum fünften Mal muss der Eröffnungstermin verschoben werden. Von Oktober 2013 auf 2014 – vielleicht. Auch das ist nicht sicher. Technikchef Horst Amann will sich nicht festlegen. Eine genaue Ansage sei frühestens in einem halben Jahr möglich, sagt Amann, der die Probleme als „grauenhaft“ bezeichnet.

Jeder Monat Verlängerung kostet 15 Millionen Euro. Für eine arme Stadt wie Berlin, die am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt, ist das eine Katastrophe. Das Budget beläuft sich nun auf 4,3 Milliarden Euro, geplant waren zwei Milliarden.

Wowereit hat einen „Rücktritt light“ gewählt und den Posten als Aufsichtsratschef der Berliner Flughafen-Gesellschaft in die Hände von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) gelegt. Damit macht er klar, dass für den Großflughafen nicht nur Berlin die Verantwortung trägt, sondern auch Brandenburg (und der Bund). Wollte er sich damit aus der Schusslinie nehmen, klappt dieses Manöver nicht. Das Scheitern des BER klebt an ihm wie

ein alter Kaugummi an der Schuhsohle. So sehen es auch die Menschen: Der einstige Publikumsliebhaber Klaus Wowereit ist in der Berliner Polit-Hitparade unter den ersten zehn Politikern nicht mehr vertreten. Der 56-Jährige ist laut Infratest Dimap der bundesweit unpopulärste Regierungschef. Wowereit, seit 2001 im Amt, hatte sich im Wahlkampf 2011 noch einmal als Charmeur inszeniert, der das lässige Berliner Lebensgefühl präsentiert wie niemand sonst. Doch die Liebe zwischen Berlin und Wowereit ist erkalte – dafür hat er den Menschen zu viel zugemutet, das Chaos bei der S-Bahn beispielsweise. Und dass er nach der Wahl wieder in diese nervtötende, aufreizende

Trägheit zurückgefallen ist. Weiß heute noch jemand, dass der neue Flughafen mit dem Versprechen verbunden war, mindestens 44.000 neue Jobs in Berlin zu schaffen? Doch die Arbeitslosigkeit nagt unverändert an der Substanz der Stadt.

Klar, dass die Opposition jetzt den Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters fordert. „Das war’s jetzt, Klaus“, twitterte der Grünen-Fraktionschef im Bundestag, Jürgen Trittin. Die Grünen wollen den Rücktritt bei den Landtagswahlen erreichen – Wowereit und Platzeck sollen gehen. Morgen werden die Grünen einen Misstrauensantrag im Berliner Abgeordnetenhaus stellen – doch das ist lediglich ein symbolischer Akt. Nur die Piraten sind

ebenfalls dafür, dass der Regierende den Hut nimmt. Wowereits Koalitionspartner CDU hat Unterstützung für den Amtsinhaber signalisiert, ebenso wie die SPD-Fraktion. Bis auf die Grünen scheuen alle anderen Parteien Neuwahlen. Gerade die CDU ist froh, dass sie als Juniorpartner in der großen Koalition überhaupt wieder mitregieren darf in Berlin. Und die SPD hat zwar das Problem, dass sich die Galionsfigur Wowereit im freien Fall befindet, es aber trotzdem niemanden gibt, der sich als Nachfolger aufdrängt. Parteichef Jan Stöss und Fraktionschef Raed Saleh sind zu unbekannt, und der beliebte Finanzsenator Ulrich Nußbaum ist parteilos. Die Bundes-SPD dementierte gestern nachdrücklich das jüngste Gerücht, dass Parteivize Manuela Schwesig als Wowereit-Nachfolgerin im Gespräch ist. Im Willy-Brandt-Haus mischen sie sich zwar nicht ein in Berliner Angelegenheiten, aber für einen Rücktritt Wowereits gebe es keinen Anlass, heißt es dann doch.

In der Tat stellt sich die Frage, ob der Flughafen schneller fertig wäre ohne Wowereit. Das Versagen bei diesem „Fluchhafen“ ist groß und kompliziert – und betrifft beileibe nicht nur die Politik. Warum es etwa Bosch und Siemens bis heute nicht geschafft haben, eine funktionierende Brandschutzanlage zu bauen, ist vollkommen ungeklärt. Und warum etwa das Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner scheiterte, wo Gerkan doch einst den wunderbaren Flughafen Berlin-Tegel baute und in China ein Großprojekt nach dem anderen hochzieht, das weiß auch kein Mensch.

## „Debakel schon in der Planung“

■ Die entscheidenden Fehler beim Flughafen sind schon vor dem Bau passiert, sagt Josef Zimmermann, Professor am Lehrstuhl für Bauprozessmanagement an der TU München und Gutachter bei Großprojekten. Herr Zimmermann, wo liegt das entscheidende Problem in Berlin?

**JOSEF ZIMMERMANN:** Derzeit wird der Brandschutz als das Hauptproblem dargestellt. Aber die Ursache für das Debakel passierte bereits vor dem ersten Spatenstich, in der Planung. Hier ist der Bauherr in der Verantwortung: Er muss vor der Ausschreibung aller Bauaufträge an Baufirmen festlegen, welche Leistungen erbracht werden müssen, und dies dann auch vertraglich festhalten und während der Ausführung koordinieren, steuern und leiten. Diese Planungen hat der Bauherr offenbar nicht weit genug betrieben, um auf diesem Planungsstand die tatsächlichen Kosten belastbar ermitteln zu können.

Wie verläuft eine Ausschreibung für ein Großprojekt?  
**ZIMMERMANN:** Die Ausschreibung erfolgt grundsätzlich nach dem Vergaberecht. Der Bauherr schreibt die Leistungen entweder gewerke-weise oder als schlüsselfertiges Projekt an einen Generalunternehmer aus. Zunächst gab es in Berlin tatsächlich eine Generalunternehmer-Ausschreibung. Der Auftrag sollte also mit Pauschalpreis und vertraglich fixierten Fer-

tigstellungstermin an eine einzelne Firma gehen. Der Preis vor dem Verantwortlichen dann aber zu hoch, und der Auftrag würde in Einzelgewerken vergeben. Wie die Erfahrung uns jetzt lehrt, lag der ursprüngliche Pauschalpreis offenbar näher an der Wahrheit. Und dass man so plötzlich einen Eröffnungstermin verschieben muss, kann nicht sein. Bauleute wissen das mindestens ein Jahr vorher.

Viele sehen in der Besetzung des Aufsichtsrates, der zum Großteil aus Politikern, also Laien, besteht, ein Problem.  
**ZIMMERMANN:** Sinnvoll wäre es sicherlich gewesen, Fachleute miteinzuberziehen, die die richtigen Fragen stellen und das Handeln der Geschäftsführung auch kontrollieren können. Auch die Tatsache, dass nun mit dem Architekturbüro GMP einer der Haupt-Knowhow-Träger gekündigt wurde, ist meiner Meinung nach ein großer Fehler gewesen.



Bauexperte: Josef Zimmermann von der TU München.

### INFO

#### Streit um den Länderfinanzausgleich

• Berlin hat seit der Wiedervereinigung am stärksten von allen Bundesländern vom Länderfinanzausgleich profitiert. Von den seit 1990 rund 128 Milliarden Euro an eingezahlten Geldern habe das Land etwa vier Milliarden erhalten, berichtete die Süddeutsche Zeitung.  
• In den Finanzausgleich zahlen mit Hamburg, NRW, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen lediglich fünf Länder ein. Der Löwenanteil entfiel mit jeweils 38 Milliarden Euro auf Hessen und Bayern sowie Baden-Württemberg mit rund 35 Milliarden Euro. Hessen und Bayern wollen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen.

• NRW gehört zu den fünf Bundesländern, die seit 1990 wesentlich mehr eingezahlt als herausbekommen haben. In dieser Zeit steuerte NRW fast zwölf Milliarden Euro bei. 728 Millionen Euro flossen seit der Wiedervereinigung zurück.  
• Laut NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) erhält NRW nicht 200 Millionen Euro ausgezahlt, wie häufig kolportiert, sondern zahlt Jahr für Jahr 2,2 Milliarden an die anderen und ist damit klar in der Gruppe der Gebirgsländer. NRW sei laut Walter-Borjans das einzige Land, das bei der Umverteilung der Umsatzsteuer zahlen müsse und in der zweiten Stufe einen kleinen Teil zurückbekomme. (fpj/AFP/rtr)